

# atomstopp

## atomkraftfrei leben!

3. Quartal 2011, 36. Jahrgang, Nr. 216





**AKW-Stresstests, EURATOM, Atomhaftung, Umstieg auf Ökostrom-Anbieter, Kosten der Atomenergie, Endlagerfrage – angesichts der Katastrophe von Fukushima sind wieder viele Fragen rund um die Atomenergie und was jede\_r Einzelne gegen den atomaren Wahnsinn tun kann, in die erste Reihe der medialen Berichterstattung gespült worden. Die österreichische Bundesregierung über-schlägt sich derzeit mit Vorschlägen für ein atomkraftfreies Europa – sogar das Europäische Bürgerbegehren soll bemüht werden!**

**Die Initiativen, Unterschriftenlisten, Mahnwachen sind unübersehbar – volles Engagement ist da, alle wollen sich gegen die Atomkraft engagieren! Alle? Es gibt leider Länder, die aus Fukushima nichts gelernt haben, weil „mit einem Tsunami rechnen wir in Tschechien nicht“ (so der tschechische Sonderbeauftragte für Energie Bartuska lächelnd) oder die ankündigen, ihre Atomkraftwerke ausbauen zu wollen (so die Slowakei Ende Mai 2011).**

**Dass es aber nicht unbedingt einen Tsunami braucht, um eine atomare Katastrophe und schwere Störfälle auszulösen, haben wir schon oft genug erlebt, wenn der Faktor Mensch und dessen Unzulänglichkeiten auf die komplexe Technik der Atomspaltung trifft. Und die Atomwirtschaft hat vorsorgen lassen für den Katastrophenfall, für den**

**SuperGAU: mit einer begrenzten Haftung für Atomunfälle, mit internationalen Konventionen. Es gilt wie so oft: den Profit haben einige wenige, das Risiko und die Folgen tragen alle.**

**Volle Kostenwahrheit für Atomkraftwerke, ja – dann wäre der Atomstrom unleistbar teuer und das Thema würde sich marktwirtschaftlich über die Nachfrage regeln. Oft wird Atomgegner\_innen nachgesagt, sie würden die Atomkraft aus ideologischen Gründen ablehnen, würden die Ablehnung der Atomkraft zur Religion machen. All denen sei gesagt: Atomstrom wird in Deutschland doppelt so hoch subventioniert wie die erneuerbaren Energien. Aber trotzdem heißt es immer wieder, dass ausgerechnet die Förderung bei den erneuerbaren Energien für die hohen Stromkosten verantwortlich sind. Wie das?**

**Gibt es vielleicht doch einige heimliche Atombefürworter\_innen mehr als man denkt? Und warum gibt es in Österreich noch immer kein vorzeigbares Erneuerbare Energien Gesetz wie in Deutschland – ohne Förderdeckel? Warum importieren wir wahrscheinlich schon mehr Atomstrom als das AKW Zwentendorf produziert hätte? Weil Atomstrom „billiger“ ist?**

**Glaubhafte Konzepte müssen endlich umgesetzt werden, in Österreich, in Europa. Fukushima ist vielleicht näher als wir uns vorstellen mögen, 143 Atomreaktoren in Europa sind 143 Atomreaktoren zuviel. Nutzen wir die Chance für einen ATOMSTOPP – jetzt!**

**Roland Egger  
Obmann**

## Wer haftet eigentlich für Atomunfälle?

Temelin, Dukovany, ISAR 1, Mochovce, Krsko, Bohunice, ... Atomreaktoren an den Grenzen Österreichs stellen eine potenzielle Gefahr dar. Auch wenn die Wahrscheinlichkeit eines SuperGAUS in einem dieser Atomkraftwerke von Experten als gering eingestuft wird.

„Pessimistische“ Berechnungen<sup>1</sup> gehen davon aus, dass einmal in 33.333 Jahren ein SuperGAU passiert – „optimistische“ Berechnungen<sup>2</sup> davon, dass einmal in 100.000 bis zu 1.000.000 Jahren ein atomarer Unfall mit katastrophalen Auswirkungen passiert.

Was regt man sich da also auf? Auf einen solch langen Zeitraum aufgerechnet, ist die Gefahr doch vernachlässigbar klein, oder? Nein: wir haben nicht vergessen: Der vierte Atomreaktor von Tschernobyl ist vor 25 Jahren explodiert, vier Atomreaktoren von Fukushima Mitte März 2011. Also nicht etwa in tausenden Jahren – sondern erst „kürzlich“ und die Auswirkungen sind beim SuperGAU von Tschernobyl nach wie vor spürbar und beim SuperGAU von Fukushima noch nicht absehbar.

## Wer haftet eigentlich, wenn etwas passiert? Wenn uns ein Atomreaktor von Temelin & Co um die Ohren fliegt?

Einerseits: Es gibt internationale Atomhaftungskonventionen, wie das Pariser Übereinkommen über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie (Pariser Konvention – 1960), das Wiener Übereinkommen über die zivilrechtliche Haftung für Nuklearschäden (Wiener Konvention – 1963) und das Brüsseler Zusatzübereinkommen (1964) und diverse Zusatzprotokolle und das Gemeinsame Protokoll der Pariser und Wiener

Konvention (1992). In diesen Abkommen sind die Haftungsregeln definiert, also wer bei einem Atomunfall für die Schäden haftet.

Andererseits: In all diesen Atomhaftungskonventionen sind Naturkatastrophen wie Erdbeben dezidiert ausgenommen. In Deutschland regelt das Atomgesetz, dass die Betreiber von Atomkraftwerken bei Schäden, die durch Naturkatastrophen verursacht werden, mit einer maximalen Summe von 2,5 Milliarden Euro haften – für den „Rest“ hat die Öffentlichkeit aufzukommen. Um welche Schäden es bei einem SuperGAU geht, zeigt das Beispiel Fukushima deutlich: die Betreiberfirma TEPCO musste bei der japanischen Regierung um Staatshilfe in Höhe von 8,6 Milliarden Euro ansuchen, weil sonst das AUS für den gesamten Konzern droht und die Stromversorgung in Japan gefährdet ist. Es scheint das gleiche Prinzip wie bei den Banken und der Bankenrettung zu gelten: Die Öffentlichkeit hat für das Versagen des Managements einzuspringen, weil man „größeren“ Schaden verhindern muss ... Nach vorsichtigen Schätzungen rechnet man nach der Katastrophe von Fukushi-

ma vorerst mit 86 Milliarden Euro für Schadenersatzzahlungen an die Bevölkerung. Die 2,5 Milliarden Euro wären also nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Laut einer Studie des deutschen PROGNOS-Instituts aus dem Jahr 1992 (im Auftrag des deutschen Wirtschaftsministeriums) geht man von 6.000 Milliarden Euro an möglichen Schadenersatzzahlungen im Fall eines SuperGAUS in Deutschland aus. Klar ist jedoch: Die faktische Haftungssumme wird nicht höher sein, als das Gesamtvermögen des Betreibers eines Atomkraftwerks und wenn der Betreiber nach einem SuperGAU pleite ist, wird wieder die Öffentlichkeit zur Kassa gebeten.

Für die Schäden aus dem SuperGAU von Tschernobyl zahlt auch heute noch der Steuerzahler in der Europäischen Union: In Deutschland etwa musste der Steuerzahler für 238 Millionen Euro seit der Reaktorkatastrophe im Jahr 1986 für Entschädigungszahlungen für strahlenbelastete Lebensmittel aufkommen!

In den meisten Staaten sind die

Haftungen für Atomunfälle begrenzt: In Spanien etwa auf rund 700 Millionen Euro, in Belgien, Lettland, Rumänien und Schweden auf etwa 330 Millionen Euro und in den Niederlanden auf 313 Millionen Euro, in Tschechien beträgt die Haftungssumme rund 250 Millionen Euro, in Finnland rund 194 Millionen Euro, in Großbritannien, Polen und Slowenien etwa 165 Millionen Euro und in Ungarn etwa 100 Millionen Euro. In Frankreich – immerhin Betreiber von 59 Atomreaktoren – überhaupt nur etwa 84 Millionen Euro. Die Slowakei haftet mit 82,5 Millionen Euro und Bulgarien gar nur mit 16,5 Millionen Euro!

In Deutschland gilt (abgesehen von Naturkatastrophen) – wie auch in Japan und der Schweiz – das Prinzip der Haftung ohne Obergrenzen, d.h., der Betreiber haftet theoretisch für den Schaden in voller Höhe (theoretisch, weil begrenzt auf das Gesamtvermögen des Betreibers und dann wieder die Öffentlichkeit zur Kassa gebeten wird). Versicherbar ist das Risiko eines Atomunfalls jedenfalls nicht! Kein Versicherer würde den möglichen Schaden von bis zu 6.000 Milliarden Euro versichern wollen! Und würden die Betreiber von Atomkraftwerken zu einer solchen Versicherung gezwungen werden und die Versicherungsprämie in den Strompreis eingerechnet werden, würde sich der Strompreis laut einer Greenpeace-Studie exorbitant um 2,70 Euro erhöhen!

Eine volle Haftpflicht sollte für alle Betreiber von Atomkraftwerken obligatorisch werden! Für den Katastrophenfall sind Rückstellungen zu bilden! Die Öffentlichkeit für Atomkatastrophen zahlen zu lassen, ist inakzeptabel.

1: PROGNOS-SCHRIFTENREIHE „IDENTIFIZIERUNG UND INTERNALISIERUNG EXTERNER KOSTEN DER ENERGIEVERSORGUNG“ - 1992

2: Deutsche Risikostudie 1990 – TÜV Rheinland



Danke an Bernhard Gugg für die Zeichnung!



Tsunami würde man in Tschechien nicht rechnen.“ Tschechien und Frankreich verboten sich auch jedwede Einmischung der EU-Kommission in nationale Angelegenheiten wie sie eben die Energiepolitik zur Zeit darstellt und nein: einen Flugzeugabsturz auf einen tschechischen Atomreaktor, dieses Szenario wollte man sich bei den Stresstests nicht ausmalen, geschweige denn die Sicherheitsauswertung der Öffentlichkeit bekannt geben. Da war man sich mit anderen Ländern einig: Großbritannien und Frankreich wehrten sich gemeinsam dagegen, dass die Ergebnisse der Stresstests überhaupt veröffentlicht werden. Nach der WENRA beschäftigte sich auch die ENSREG (European Nuclear Safety Regulatory Group = die Aufsichtsbehörden aller 27 EU-Mitgliedstaaten) mit den Stresstests und versuchte eine Einigung unter den Mitgliedstaaten herbeizuführen.

Im letztlich verhandelten Kompromiss kam nämlich heraus: Die Betreiber der Atomkraftwerke beantworten Fragebögen zur Sicherheit (auch hinsichtlich Flugzeugabsturzes und menschlichen Versagens, nicht aber hinsichtlich einer Terror-Attacke!), diese Fragebögen werden von den nationalen Sicherheitsbehörden beurteilt (die ja für die Genehmigung der Atomkraftwerke verantwortlich zeichnen) und in einem dritten Schritt werden die Testergebnisse von Experten anderer EU-Mitgliedstaaten und der Kommission begutachtet.

Endgültige Ergebnisse sollten im April 2012 vorliegen – ob ein Atomkraftwerk, das bei dem Stresstest durchfällt, tatsächlich geschlossen wird, entscheidet der Mitgliedstaat selbst und sonst niemand.

Wahrlich wenig Stress hat also die Atomlobby mit den Stresstests - die Hürde werden wohl alle schaffen (siehe Foto).

Umweltminister Berlakovich hat es vielleicht gut gemeint, als er AKW-Stresstests nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima für alle europäischen Atomkraftwerke vorgeschlagen hat.

Von EU-Energie-Kommissar Günther Oettinger wurde die Idee jedenfalls aufgegriffen – von der WENRA (Western European Nuclear Regulators` Association = Vereinigung aller westeuropäischen Atomaufsichtsbehörden, also jener Behörden, die für die Kontrolle der Atomkraftwerke zuständig sind) auch gleich ein Vorschlag mit ein paar Pferdefüßen erarbeitet, denn die Stresstests sollten auf einer freiwilligen Basis erfolgen und weder der Faktor „Mensch und mögliche Fehlentscheidungen bei

der Bedienung eines Atomreaktors“ noch das Bedrohungsszenario „Flugzeugabsturz auf einen Atomreaktor“ sollten in den AKW-Stresstest aufgenommen werden, sondern lediglich eine Prüfung durchgeführt werden, wie die Atomreaktoren gegen Überflutungen, Erdbeben und andere Naturereignisse gerüstet sind und mit welchen Auswirkungen auf die Reaktorsicherheit hinsichtlich daraus bedingtem „Stromausfall“ und „Ausfall der Kühlwasserversorgung“ zu rechnen ist. Harte Verhandlungen der EU-Kommission mit den Atomstaaten standen also noch an.

In Tschechien quittierte der Sonderbeauftragte für Energiefragen die möglichen Stresstests jedenfalls mit einem Lächeln: „Nein – mit einem

## Drei Länder – ein Ziel: STOPP Atomkraft – wir wehren uns!

Es ist absolut inakzeptabel und skrupellos: In Tschechien wird die deutsche Atomdiskussion mit großer Spannung verfolgt, verspricht doch der deutsche Ausstieg aus der Atomenergie neue Absatzchancen für Atomstrom aus Tschechien! Der Vorstandsvorsitzende des Betreibers CEZ (Milan Roman) – denkt bereits an neue Überlandleitungen von Tschechien nach Deutschland, um den Atomstrom aus den neuen Temelin-Blöcken nach Deutschland bringen zu können!

Wir sagen ganz klar: Nein zu weiteren Temelin-Reaktoren und auch Nein zur AKW-Laufzeitverlängerung in Deutschland! Wir finden es absolut inakzeptabel und skrupellos, dass man in Tschechien aus dem Umdenken in Deutschland

Profit schlagen will!

### Dreiländerübergreifende Antiatom-Arbeit ist deshalb das Gebot der Stunde!

Mitte April gab es in Dolni Dvoriste (Tschechien) ein erstes Treffen von Vereinen aus Tschechien, Deutschland und Österreich, um an länderübergreifenden Strategien zu arbeiten.

Mitte Mai wurden bei einer Aktion in Freistadt (Österreich) die tschechischen Vereine und ihre Themenschwerpunkte vorgestellt und Ende Mai an einer Demonstration in Landshut (Deutschland) teilgenommen. Das dritte Dreiländertreffen wird in der tschechischen Republik Ende Juni stattfinden!



Freistadt - Mai 2011



Dolni Dvoriste - April 2011



Landshut - Mai 2011



## EURATOM-Volksbegehren

Das Ziel des EURATOM-Volksbegehrens „Volksabstimmung über den Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag“ für eine verbindliche Behandlung im Parlament wurde bekanntermaßen knapp verfehlt. Auf Antrag der Grünen wurde ein selbstständiger Entschließungsantrag (1469/A(E) XXIV.GP) eingebracht, der inhaltlich die Forderung des Volksbegehrens enthalten hat.

Am 5. Mai wurde im Umweltausschuss des Parlaments über den Entschließungsantrag verhandelt und – wie schon die vergangenen 11 Anträge der Opposition zu einem Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag – vertagt.

Auch einer Experten-Diskussion im Parlament zeigte man sich nicht aufgeschlossen. Der Idee, dem Bevollmächtigten des EURATOM-Volksbegehrens im Umweltausschuss ein Rederecht einzuräumen, konnte die ÖVP-Delegation nichts abgewinnen.



## EURATOM-Forschungsprogramm - Herbst 2011

Die ehemalige österreichische Forschungsministerin Beatrix Karl hat sich nach der Atomkatastrophe von Fukushima mit einem bemerkenswerten Ansatz zu Wort gemeldet: Das EURATOM-Forschungsprogramm – das im Herbst 2011 turnusmäßig um zwei weitere Jahre verlängert wird und weitere 2,5 Milliarden Euro für die Atomwirtschaft zur Verfügung stellt - soll eine konsequente und umfassende Neuorientierung erfahren: Forschungsministerin Karl werde sich mit aller Vehemenz dafür einsetzen, dass im Zentrum einer Neuorientierung des Forschungsprogramms „eine grundlegende Änderung der Forschungsaktivitäten hin zum bestmöglichen Schutz der Bevölkerung“ stehen müsse und im Rahmen des EURATOM-Forschungsprogramms gehe es darum, das Potenzial einer nachhaltigen, kernenergiefreien Energiewirtschaft zu erforschen. Damit würde – so Forschungsministerin Karl – im EURATOM-Forschungsprogramm erstmals über den möglichen Ausstieg aus der Kernenergie unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten geforscht werden.

Wirklich eine Herausforderung, heißt es doch in der Präambel des EURATOM-Vertrags, dass die Voraussetzungen geschaffen werden sollen für den Aufbau einer mächtigen europäischen Atomindustrie. Erfreulicherweise hat der neue Forschungsminister Karlheinz Töchterle den Ansatz von Beatrix Karl weiter verfolgt und im Vorfeld zu Beratungen über das EURATOM-Forschungsprogramm angekündigt hat, dass eine massive Verstärkung der Sicherheitsforschung gewünscht wird!

Nicht in die Forschung an leistungsstarken Atomreaktoren soll investiert werden, sondern in Strahlenschutz, Risikoforschung, Endlagerung und – am erfreulichsten – in die wissenschaftliche

Analyse eines Atomausstiegs sowie erneuerbarer Energieträger!

Eine endgültige Entscheidung über die EURATOM-Forschung wird im Herbst 2011 unter polnischem Ratsvorsitz erfolgen.

In Deutschland mehren sich unterdessen die kritischen Stimmen wegen der Finanzierung des Forschungsreaktors ITER in Südfrankreich: Den Großteil der EURATOM-Forschungsgelder verschlingt nämlich das Monsterprojekt bei dem versucht wird, die Kernverschmelzung wie sie auf der Sonne passiert, nachzubilden. Seit 60 Jahren ist das der große Menschheitstraum – mit bis dato geringem Erfolg und einem riesigen finanziellen Mitteleinsatz! (rund 2 Milliarden Euro für den Zeitraum 2007 bis 2011). Die deutsche Forschungsministerin Schwan kritisiert unverhohlen die massiven Kostenüberschreitungen des Projekts: Zu den bereits im 7. EURATOM-Forschungsprogramm bewilligten 2 Milliarden Euro mussten im Sommer 2010 zusätzliche 600 Millionen Euro bereitgestellt werden – abgezweigt aus dem EU-Landwirtschaftsressort! In Österreich bekennen sich die Regierungsparteien derweil noch voll inhaltlich zur Fusionsforschung – Kritik aus den Reihen der Regierungsparteien wie in Deutschland an der Fusionsforschung vermisst man hierzulande.

Eines soll klar festgehalten werden: Wir sind nicht gegen Forschung. Wir sind aber gegen eine einseitige Bevorzugung einer einzelnen Technologie. Für Atomforschung werden dreimal soviel Finanzmittel zur Verfügung gestellt als für die Forschung an Erneuerbaren Energien! In Zeiten nach Fukushima sollte ernsthaft daran gedacht werden, dieses Verhältnis umzudrehen und mehr Mittel für die Forschungen an Erneuerbaren Energien bereitzustellen als für die

Atomforschung. Warum die Allgemeinheit mit ihren Steuergeldern mitzahlen muss, um am „sicheren“ Atomkraftwerke zu forschen, ist eigentlich nicht einzusehen.

Wir werden jedenfalls darauf drängen, dass sich Österreich innerhalb der Europäischen Union dafür stark macht, dass die Förderungen für die Atomwirtschaft gestoppt werden und keinesfalls an neuen Reaktortypen geforscht wird!



## EURATOM-Aufkündigung ist Meilenstein auf dem Weg zu einem atomkraftfreien Deutschland

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat nach der Atomkatastrophe von Fukushima eine Ethik-Kommission eingesetzt, die Ende Mai ihre Empfehlungen zur Zukunft der deutschen Energieversorgung präsentierte, und zwar mit dem Ziel eines raschen Atomausstiegs in Deutschland. Einer der wichtigsten Vorschläge dabei: „Die

Kündigung des EURATOM-Vertrags, der nicht mehr zeitgemäß ist!“

Kampagne „Österreich – RAUS aus EURATOM“ inhaltlich voll bestätigt – mittlerweile jede 10. Gemeinde in Österreich mit Resolution RAUS aus EURATOM!

„Wir sehen uns in unserer Kampagne „Österreich – RAUS aus

EURATOM“ durch die Empfehlung der Ethikkommission inhaltlich voll bestätigt: die Kündigung des EURATOM-Vertrags ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einem atomkraftfreien Deutschland!“, so Roland Egger und Gabriele Schweiger, Sprecher von atomstopp\_oberoesterreich.

Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) begrüßte in einer ersten Reaktion nachdrücklich die Empfehlung der Kommission, den EURATOM-Vertrag zu kündigen.

„Deutschland habe in diesem Rahmen schon viel zu viel Geld für die blinde Förderung der Atomkraft verprasst, statt die Mittel für die Steigerung der Energieeffizienz und den naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien zu verwenden.“, so die Aussage von NABU.

Und auch die Fraktion der Linken im deutschen Bundestag plädiert für einen Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag und die ödp (Ökologisch-Demokratische Partei Deutschland) startete bereits eine Petition an den Bundestag für den Ausstieg Deutschlands aus dem Atomförderverein EURATOM.

Mittlerweile hat jede 10. Gemeinde in Österreich eine Resolution für RAUS aus EURATOM verabschiedet – besonders schön ist, dass sich diese Resolutionsgemeinden in allen Bundesländern finden!



## Deutschland und die Schweiz steigen aus der Atomkraft aus und auch Österreich!

2022 und 2034 soll endgültig Schluss sein mit der Atomkraft in Deutschland und in der Schweiz! Während in der Schweiz den Atomkraftwerken eine Laufzeit von 50 Jahren zugebilligt werden und der letzte Schweizer Atomreaktor im Jahr 2034 vom Netz gehen wird, werden die deutschen Atomreaktoren schneller abgeschaltet!

Die sieben ältesten Atomreaktoren, die nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima bereits vorübergehend stillgelegt wurden, werden überhaupt nicht mehr ans Netz gehen ebenso das Atomkraftwerk Krümmel und die verbleibenden 9

Atomreaktoren sollen bis 2022 abgeschaltet werden. Das Signal, das eine Industrienation wie Deutschland damit setzt, ist unübersehbar: Atomkraft ist ein Auslaufmodell!

Und auch Österreich setzt sich ein Ziel: Bis 2015 sollen die Atomstromimporte nach Österreich Vergangenheit sein! Ein längst überfälliger Schritt ...



## Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: *atomstopp\_atomkraftfrei leben!*

Zulassungsnummer: GZ 03Z034981M

F.d.l.v.: Roland Egger; Texte, Layout, grafische Umsetzung: Roland Egger

Gabriele Schweiger, Claudia Kothgassner, Michael Reitingner

Redaktion: Promenade 37, 4020 Linz, Tel: (0732) 774275

Homepage: [www.atomkraftfrei-leben.at](http://www.atomkraftfrei-leben.at), Email: [post@atomstopp.at](mailto:post@atomstopp.at)

Spendenkonto: Hypo Landesbank, BLZ 54000, KtoNr. 205377

Druck: Plöchl Druck GmH, 4240 Freistadt; gedruckt mit oekostrom  
atomstopp wird unterstützt vom Land Oberösterreich und der Stadt Linz

